

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6988
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. Postzeitungslite Nr. 3167

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 24 000 Exemplaren.

Inhalt.

Geht in Breslau Gewalt vor Recht? — Geschäftsbericht der Filiale Berlin. — Die Streiks im Jahre 1904. (Zchluss). — Auswärtige Bewegung. — Aus den Stadtparlamenten. — Verbandsteil. — Entscheidung über den Gasarbeiterstreik in Pforzheim. — Briefkasten. — Anzeigen.

Geht in Breslau Gewalt vor Recht?

In unserem Artikel unter dieser Überschrift in Nr. 2 der „Gewerkschaft“ erhalten wir von Herrn Oberbürgermeister Bendor Breslau ein größeres Schreiben, enthaltend nicht weniger als 13 Verichtigungen. Bereits in Nr. 3 der „Gewerkschaft“ druckten wir, weil für unsere Leser von großem Interesse, eine umfangreichere, vom Breslauer Magistrat ausgehende Verichtigung ab und wir könnten uns füglich damit begnügen. Die folgenden, uns unterm 20. Januar zu hundert „Mittigtheilungen“ aber veranlassend, an Ort und Stelle am 31. Januar in Gegenwart von insgesamt 17 Personen die einzelnen Behauptungen des Herrn Oberbürgermeisters Bendor einer Prüfung zu unterziehen und sie in jedem einzelnen Punkte gegenüber und diejenigen Punkte, die nach Meinung der Delegierten richtig oder annähernd richtig sind, bleiben ohne Anmerkung. Die Auslagen, soweit sie sich lediglich auf die Vorzüge in der „Audiens“ beziehen, sind von den Delegierten Rohaupt, Reichelt und Baudt überwiegend bestätigt worden. Reichelt war bei diesen Verhandlungen zugegen. Er konnte aber in einigen Fällen seine Angaben nicht bestimmt genug machen, was hier der Vollständigkeit halber vermerkt sei.

Also Herr Oberbürgermeister Bendor schreibt:

1. Es ist unrichtig, daß die Arbeiter erst gar nicht empfangen werden sollten, vielmehr in den Arbeiter, die den Oberbürgermeister am 20. Dezember angemeldet irreden wollten, lediglich geragt werden, sie konnten jezt nicht empfangen werden, weil der Oberbürgermeister gerade im Begriff hände, mit anderen Magistratsmitgliedern die bereits vor der Zeit bestehenden Fragen in einer öffentlichen Ansprache zu befragen. Sie möchten ihre Wünsche schriftlich mitteilen, dann würde ihnen eine Stunde zur Vernehmung bestimmt werden.

2. Der Oberbürgermeister hat sich in dem Empfangsamt mit einem Stabe vieler Unterbeamten umgeben, sondern es waren nur mitgezogen worden: die zwei beteiligten Deputierten, die drei beteiligten Betriebsleiter der in der Deputation vertretenen Arbeitergruppen und ein Herr, der ein unbeteiligter Arbeiterangehöriger, jedoch der drei Deputierten.

Die beteiligten Mitglieder der Arbeiterdeputation befragten den Angehörigen, daß im ganzen zum 17. bis 20. Dezember während waren.

3. Der Oberbürgermeister hat zu Beginn der Besprechung den zurückgelassenen Arbeitervertreter Reichelt weder einen hergelassenen Menschen und Agitator, noch sonst irgendeine nichtachtend genannt.

Demgegenüber behaupten die Delegierten Reichelt, Baudt und Rohaupt:

Bei unserem Empfang erklärte der Herr Oberbürgermeister: Herr Reichelt hat erfindet, der Verhandlung beizuwohnen und mit ihm zu verhandeln. Ich habe Reichelt abgelehnt. Mit hergelassenen Leuten, Agitatoren usw. verhandele ich nicht. Mit meinen Arbeitern bin ich bereit, zu verhandeln, wenn sie in anständiger Weise zu mir kommen.

4. Der Oberbürgermeister hat nicht gesagt: „Na, die Unterschriften werden ja zum großen Teil erzwungen; und sonst tragen die Eingaben nur immer wenige Unterschriften.“ Er hat vielmehr gesagt, daß er schriftliche Vollmacht fordern müsse, weil er ja wisse, daß in dem Verbandscheinwegs städtische Arbeiter das große Wort führten, und weil soeben erst ein Verbandsgenosse Unterschriften unter einer von ihm betriebenen Petition gefällig habe.

Reichelt sagt hierzu aus: Der Herr Oberbürgermeister erklärte doch, daß Unterschriften erzwungen wurden und zwar, als es sich um die Anerkennung der Deputation als Beauftragte der Versammlung städtischer Arbeiter handelte. Der Bürgermeister bemängelte, daß die Deputation im Namen aller städtischen Arbeiter Breslaus erdeme. Es gebe auch Arbeiter, die eine derartige Feuerungsanlage nicht gefordert hätten und auch diese Forderung nicht unterstützen, und deshalb habe die Deputation nicht das Recht, namens aller städtischen Arbeiter aufzutreten. Dann erklärte der Oberbürgermeister, er müsse eine durch Unterschriften bestätigte Vollmacht fordern. Hierauf erwiderte Rohaupt, daß die Deputation erbötig sei, diese gewünschten Unterschriften beizubringen. Jeder Versammlungsteilnehmer werde auch unterschreiben. Und nun sagte der Herr Oberbürgermeister: „Na, wir wissen schon, wie das gemacht wird, die Unterschriften werden zum Teil erzwungen. Nicht gesagt hat der Oberbürgermeister die von ihm angeführten Worte, „daß in dem Verbandscheinwegs städtische Arbeiter das große Wort führten und weil soeben erst ein Verbandsgenosse Unterschriften unter einer von ihm betriebenen Petition gefällig habe“. Von Unterschriftenfälschung mit Anwendung auf einen ganz bestimmten Fall (Zähler) ist gar keine Rede gewesen.

5. Der Oberbürgermeister hat nicht gesagt, die Stadt Breslau zahle ihren Gasarbeitern höhere Löhne als andere Städte, sondern er hat lediglich die Behauptung aufgeworfen, daß Breslau die niedrigsten Löhne von allen Gemeinden zahle. Das sei schon vor den letzten Lohnverhandlungen nicht der Fall gewesen und heute jetzt noch weniger so.

6. Der Stadtbaurat Wirth hat nicht die im Artikel angeführten Worte gebraucht: Er hat vielmehr gesagt, die Lohnvereinbarung vom Plat auf Zahlung einer Gehaltszulage von 20 Pf. täglich sei vom 1. Juli ab hätte erfüllt werden. Zudem sei die am 1. Oktober fällige Alterszulage von 10 Pf. ebenfalls schon vom 1. September ab und zwar mit je 20 Pf. bezahlt worden, was von 10 Pf. mehr als Lohnzulage gedacht wären zum Nutzen der Arbeiter habe man dann vom 1. Dezember ab noch bezahlt, als Gehaltszulage von 10 Pf. gehalten. (Siehe auch unter Ziffer 8.)

7. Der Oberbürgermeister hat die Deputierten nicht für den Fall verantwortlich gemacht, den sie den Worten des Herrn Reichelt gegenüber hätten, sondern für ihre Zustimmung zu verletzenden Beschlüssen, wie sie Herr Reichelt den Arbeitern zu unterstellen ließe. Er hat dann gesagt, es sei eine Schande, wenn städtische Arbeiter sich widerspruchslos mit russischen Arbeitern vergleichen und sich deren Verhalten zum Beispiel sehen ließen. Solche Medensarten erwüchten auch nur die Forderungen der Arbeiter.

(Lassen die Mitglieder der Deputation auf sich beruhen.)

Die Erwähnung auf die Kleinstenerungs hat der Oberbürgermeister nicht mit den angegebenen Worten abgewiesen, sondern er hat gesagt: „Darum haben Sie doch eben zwei Lohnzulagen erhalten.“ Glücklicherweise wird das Meiste ja auch schon billiger, und das wird hoffentlich noch mehr geschehen.

Hierzu bemerken die Beteiligten, daß die Deputation keineswegs nur im Namen der Gasarbeiter angetreten ist, sondern, daß die Steuerzulage für alle städtischen Arbeiter gefordert worden ist. Ferner haben zwar die Gasarbeiter die zwei Lohnzulagen erhalten. Das ist auch nicht bestritten worden, aber weit über tausend städtische Arbeiter haben keine Zulagen bekommen. Es haben auch Laternenwärter im September 1905 20 Pf. Zulage erhalten. Die Männer erhielten vom 1. April 1905 ab 2 Mk. pro Woche Zulage. Die Mehrere erhielten im Jahre 1904 20 Pf. Zulage, womit der ortsübliche Tagelohn erreicht wurde. Schließlich erhielten noch von den 64 Arbeitern des Manalbetriebes ziemlich willkürlich 34 Mann eine Zulage, 30 Mann erhielten dagegen nichts. Keine Zulage haben erhalten: Wasserwerk, Elektrizitätswerk, Straßenmeisterei, städtische Steinlager, Schlacht und Viehhof, Hafen, Asphalt-, Promenaden-, Straßenbahn-, Pacht- und Pumpstationsarbeiter und Gullu reiniger.

9. Der Oberbürgermeister hat nicht gesagt: „Lassen Sie nicht! wir verhandeln hier fürstbar ernste Sachen.“

Er hat den beiden Deputierten, die ihm höflich ins Gesicht lachten, vielmehr gesagt: „Warum lachen Sie mir eigentlich so unmanierlich ins Gesicht? Was ich sage, ist doch nicht lächerlich! Es ist mir sehr ernst damit, und wenn Sie wollen, daß ich mit Ihnen verhandeln soll, so bitte ich mir ein anständiges Verhalten aus. Ich verbitte mir Ihr Zaudern.“

Bei dieser Szene war der Herr Oberbürgermeister außerordentlich erregt und hat das „Verstehen“ am Schluss mit großem Aufwand von stimmlichen Mitteln hervorgehoben und er agierte dabei mit geballten Fäusten. Allerdings konnte sich der Delegierte Mohaupt eines Lächelns nicht erwehren, da die vom Oberbürgermeister vorgetragenen Anschuldigungen von denen der Arbeiter so ganz außerordentlich abwichen.

10. Der Oberbürgermeister hat den Arbeitern Mohaupt und Reichelt nicht gesagt: „Sie sollten doch froh sein, daß wir Sie überhaupt noch beschäftigen, denn Sie sind doch beide schwer bestraft.“

Als die genannten beiden Arbeiter nach Empfang des ablehrenden Bescheides die Anschuldigung gegen die Betriebsbeamten erhoben, als ob diese die guten Absichten des Magistrats vereitelten, forderte der Oberbürgermeister, daß ihm irgend ein derartiger Fall angeführt werde. Dies konnten die Deputierten trotz dringender Aufforderung nicht. Als statt dessen der Arbeiter Reichelt schließlich vorbrachte, daß einer seiner Vorgesetzten den Dienst verläßt und dem Oberbürgermeister darüber falsche Anzeigen erhalten habe, wies der Oberbürgermeister diese Denunziation als nicht hergeborig scharf zurück und führte aus: „An solchen bösen grundlosen Vorwürfen und an dieser gar nicht hergeborigen Denunziation erkenne er recht, wie feindselig die Deputierten überseits den Vorgesetzten gegenüberstünden, von denen sie eine wohlwollende Behandlung wünschten. Und dabei hätten doch gerade Mohaupt und Reichelt keine Klage über Mangel an Wohlwollen bei ihren Vorgesetzten zu machen, denn sie seien von diesen Vorgesetzten in den städtischen Dienst aufgenommen und aller Vorkerbürungen teilhaftig gemacht worden, obwohl sie doch beide vor Eintritt in den Dienst der eifrig im vorigen Jahre, der zweite vor einigen Jahren geschlechtlich wegen Eigenmissetaten und Reichelt vor einigen Jahren auch wegen Missetat verurteilt worden wären.“

Als hier der Arbeiter Reichelt einwarf, es täte ihm leid, daß das hier vorgebracht werde, erwiderte der Oberbürgermeister: „Das gehört allerdings hierher, wenn Sie über Ihre Vorgesetzten so sprechen. Ich will aber mit Ihnen nicht weiter verhandeln. Gehen Sie hinaus! Sie werden entlassen.“

Reichelt sagt hierzu aus: Eine Denunziation in dem vom Oberbürgermeister behaupteten Sinne habe ich weder erhalten noch beobachtet. Ich habe kein Wort davon gesprochen, daß

der Betriebsinspektor König oder ein anderer Vorgesetzter die Zeit verstreifen hat oder dergleichen. Ich habe vielmehr bei der Gelegenheit, als Herr Baumat Witz betonte, daß die einmal beschlossenen Vereinbarungen nicht umgekehrt werden (siehe Spalte 19 der „Gewerkschaft“), gesagt, daß die Anordnungen des Herrn Oberbürgermeisters von den Herren Unterbeamten u. s. w. wenig beachtet würden. Darauf sagte der Herr Oberbürgermeister: „Nennen Sie mir einen solchen Fall.“ Ohne mich überhaupt zu bestimmen, führte ich an, daß der Herr Oberbürgermeister einmal Mitte September 1905 vormittags nach dem Gaswert 3 kam und sich durch den Portier beim Betriebsinspektor König melden ließ. Herr König sagte dem Portier: „Sie wissen doch, daß ich beurlaubt bin, gehen Sie zum Betriebsassistenten und melden Sie ihm, daß der Herr Oberbürgermeister da ist.“ Der Herr Betriebsassistent ist nun etwas körperlich schwerfällig (womit ja kein Vorwurf gemeint sein konnte) und ehe er herüberkam, war der Oberbürgermeister schon fort.

Der Dialog entwickelte sich in der „Audienz“ nun so weiter:

Oberbürgermeister: Woher wissen Sie denn das?

Ich: Das hat mir der Hofaufseher gesagt, und zwar nachdem ihm der Herr König gesagt habe: „Na, da haben wir uns ja eine schöne Suppe eingebracht.“

Oberbürgermeister: Ja, das ist wahr, ich bin einmal da gewesen, aber der Herr Inspektor brauchte ja auch nicht zu kommen, ich habe ihn nicht unbedingt verlangt.

Zum besseren Verständnis führt Reichelt weiter zur Sache aus: Von einer scharfen Zurückweisung einer Denunziation oder sonst dergleichen durch den Herrn Oberbürgermeister kam gar keine Rede sein. Sie ist nicht erfolgt und konnte auch nicht erfolgen, da es nichts gab, was scharf zurückgewiesen hätte werden müssen. Der Herr Oberbürgermeister erklärte ganz ruhig und sehr bestänig, daß die Sache nicht her gehöre. Dies ist also in einem ganz anderen Zusammenhang gesprochen worden als der Herr Oberbürgermeister es darstellt. Von meinen Strafen war bei dieser Gelegenheit gar keine Rede. Dies kam erst in dem Zusammenhang mit der Antwort des Herrn Oberbürgermeisters auf die nach Schluß der „Audienz“ noch einmal von Mohaupt gestellte Frage, ob es denn keine Steuerzulage gäbe. Die Strafen bracht der Herr Oberbürgermeister tatsächlich in diesem Zusammenhang zur Sprache, ohne daß hier von den Vorgesetzten die Rede gewesen wäre.

Mohaupt: Und außerdem wollte ich noch einmal fragen, Herr Oberbürgermeister, da wir zu dem Zweck hergekommen sind: Haben wir eine Steuerzulage zu erwarten?

Dr. Bender: Nein, nein!

Mohaupt: Andere Städte haben doch auch Zulage bezahlt, zum Beispiel Berlin.

Dr. Bender: Da gehen Sie doch in andere Städte! Im übrigen müßten Sie, Mohaupt und Reichelt, doch froh sein, daß wir Sie überhaupt noch beschäftigen, denn Sie sind doch beide schwer bestraft!

Reichelt: Im Dienst nicht, Herr Oberbürgermeister.

Dr. Bender: Nein, aber privatim!

Reichelt: Es tut mir leid, Herr Oberbürgermeister, daß Sie mir das hier sagen!

Dr. Bender: Gehen Sie jetzt raus! Reichelt folgt der Weisung! Der Mann wird entlassen. (Zum Stadtbaurat Witz: Der Mann ist von heute ab entlassen!)

Mohaupt und Reichelt bestätigen, auf die Bedeutung der Sache besonders aufmerksam gemacht, diese Aussage.

11. Der städtische Betriebsbeamte, der den Arbeiter Reichelt abholte, hat nicht gesagt, es täte ihm leid den Reichelt zu verläßt zu haben, sondern er hat den Reichelt gewarnt, nochmals die Arbeit zu betreten, da er sonst in seinem Bedauern genötigt sein würde, ihn hinauszuführen zu lassen.

Reichelt sagt hierzu aus: Ich ging am 30. Dezember abends wieder zum Dienst. Vom Portier Schroter wurde mir gesagt: „Reichelt, Sie sollen sich beim Betriebsassistenten im Bureau melden.“ Dort wurde mir vom Betriebsassistenten Herrn Kirchhoff eröffnet, daß er mich auf höherem Reichelt entlassen müsse. Der Lohn für 11 Tage wurde mir vorgerechnet und die Sache zur Unterdrift vorgelegt.

Nachdem dies erledigt, trat er mich der Betriebsassistent, ob ich heute noch ins Wert wollte, um mir meine Sachen zu holen. Ich verneinte und erklärte, meine Sachen später, nächste

Woche, zu holen. Darauf Herr Kirchhoff: Das ist mir angenehm, es können Diktöpfe im Gaswerk sein und Sie leicht aneinander geraten. (Es war Sonnabends.)

Jah: Gerade ich bin einer von denjenigen gewesen, die so manchen Streit geschlichtet haben und ich habe mich stets ruhig und anständig im Werke bewegt.

Kirchhoff: Das weiß ich, Reichelt, ich möchte auch davon Abstand nehmen, Sie aus dem Werke führen zu lassen.

Jah: Das ist auch gar nicht nötig, Herr Betriebsassistent. So ruhig wie ich das Werk betreten habe, werde ich es auch wieder verlassen. Guten Abend. . . . Damit ging ich. Im Verlaufe dieser Unterredung hat aber der Betriebsassistent doch gesagt: Es tut mir leid, daß ich Sie entlassen muß, Sie waren einer der ältesten und ruhigsten Arbeiter.

Hierzu ist zu bemerken, daß in der Stadtverordnetenversammlung vom 4. Januar Herr Wirtz auf diesen Vorgang zu sprechen kam, und zwar auf Grund einer Darstellung in der Volkswacht, und da sagte er: „Wie die Volkswacht sagt, geht auch aus dieser Darstellung hervor, an der ganzen rührseligen Geschichte ist kein wahres Wort.“

12. Unrichtig ist es, daß die Strafen, die der Oberbürgermeister erwähnt hat, 24 Jahre rückwärts lägen. Der Führer der Deputation ist allerdings schon im Jahre 1889 mehrmals wegen schweren und einfachen Diebstahls usw. im ganzen mit neun Monaten Gefängnis bestraft worden, aber auch noch im Jahre 1903 wegen Taschendiebstahls mit drei Monaten Gefängnis. Der zweite Medner der Deputation ist wegen Unterschlagung allerdings schon im Jahre 1893 mit drei Monaten Gefängnis, aber erst im Jahre 1899 wegen vorläufiger Körperverletzung bestraft worden.

Wir wollten ursprünglich die Wiedergabe dieses Punktes ablehnen, aber nach Aussprache mit den Beteiligten ist es geschehen, und zwar lassen wir deren Angaben hierzu folgen.

Mohaupt: Ich bin als Knabe von 13 Jahren meinen Stiefeltern unter Mitnahme einer Summe Geldes entlaufen. Ich hatte es dort nicht zum besten und glaubte mich der mir damals besonders schlimm vorgekommenen Situation auf diese Weise entziehen zu können. Meine leiblichen Eltern sind sehr früh verstorben. Ich wandte mich nach Berlin und wurde dort natürlich festgenommen. Man machte mir den Prozeß und so mußte ich als Knabe eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten verbüßen. Später, im Jahre 1903, wurde ich wegen verurteilten Taschendiebstahls mit 2 Monaten Gefängnis bestraft, wobei mir die erlittene Vorstrafe als ersühnend angerechnet wurde. Den strafbaren Versuch bestrafe ich noch heute.

Reichelt: Ich bin im Jahre 1881 mit 14 Tagen Gefängnis bestraft worden wegen Unterschlagung. Ich war damals, 20 Jahre alt, zur Aushilfe in einem Buttergeschäft als Keller beschäftigt. Ich hatte 2 Mäbel Butter abzuholen und dafür 60 Mk. einzuziehen. Das Geld behielt ich für mich und ließ den Wagen auf der Straße stehen und ging meiner Wege. Mir erdient heute diese Handlungsweise unbegreiflich leidtunig. Die zweite Sache war 1899. Ich hatte mit einem Slovaken Streit, der mich mit einem Stock geschlagen und verletzt hatte. Ich wehrte mich und schlug ihn mit einer Heinen Mauer, die ich gerade in der Hand hatte, an den Kopf. Dafür wurde ich, obson der Slovake zur Gerichtsverhandlung nicht gefunden werden konnte, mit zwölf Mark Geldstrafe oder vier Tagen Gefängnis bestraft. Da ich keine Mittel hatte, habe ich die Strafe abgelehnt.

13. Der Arbeiter Jähler ist nicht wegen Ausübung des Wahlrechts entlassen worden, sondern weil er Unterschritten unter eine Eingabe gefälscht und dies hinterher wahrheitsgemäß bekräftigt hatte.

Hierzu sagt Jähler aus: Im November zirkuirte auf Beschluß der Kollegen im Manalbetrieb eine Petition wegen Lohnzulage.

Die Kollegen Herrn Mapproth, Paul Schmude, Ernst Thon, Ernst Nadam, beauftragten mich, ihre Namen unter die Petition zu setzen, da sie schmutzige Hände usw. hatten. Ich glaubte den Auftrag unbedenklich ausführen zu können. Vier Wochen später wurde ich vor dem Magistratssekretär Sommer geladen, welcher mir die Petition mit dem Bemerkten wieder vorlegte, daß sie eine Verleumdung des Oberbürgermeisters enthalte. Ich war sehr überrascht und äußerte mich hierzu und bekräftigte die Abmünd einer Verleumdung. Daran hatten die Arbeiter gar nicht gedacht. Dann wurde mir vorgehalten, daß meine Unterschritten

mir schon bei zwei Petitionen an der Spitze gestanden hätten, das spreche sehr dafür, daß ich die Mitarbeiter immer aufwiegele usw. Auch dies bestritt ich. Dann machte ich in Gegenwart des Aufsichtsbeamten Zubau den Herrn Magistratssekretär Sommer darauf aufmerksam, daß ich die Unterschritten der Kollegen Herrn Mapproth, Paul Schmude, Ernst Thon, Ernst Nadam in deren Auftrag unter die Petition gesetzt habe.

Zu dieser Erklärung bin ich von Herrn Sommer oder sonst jemandem nicht aufgefordert worden, sondern ich gab sie ganz freiwillig und ohne daß eine besondere Veranlassung dazu vorlag. Hätte ich die Erklärung nicht gegeben, wäre die Sache wohl kaum bemerkt worden. Ein Beweis, daß mir nichts ferner gelegen hat, als Unterschritten zu fälschen.

Dies der Verlauf unserer Verhandlungen. Wir haben diesen Gegenüberstellungen heute nichts weiter hinzuzufügen, und überlassen es dem Leser, sich sein Urteil zu bilden.

Geschäftsbericht der Filiale Groß-Berlin. 4. Quartal 1905.

Benutzend die ersten drei Quartale des verfloffenen Jahres bereits mündlich wie schriftlich von uns in gedräugter Kürze den Mitgliedern vor Augen geführt sind in den diesbezüglichen Quartals-Geschäftsberichten, möchten wir doch einige zusammenfassende Zahlen vom ganzen Jahre vorausschicken, welche den gewaltigen Aufschwung der Filiale Groß-Berlin ganz unzweideutig ergeben.

Es waren:

1. 1. 05 Mitglieder	Eintritte	Austritte	1. 1. 06 Mitglieder
4213 männliche 199 weibliche	3608 männliche 349 weibliche	2655 männliche 259 weibliche	5166 männliche 289 weibliche
4412 Mitglieder	3957 Eintritte	2914 Austritte	5455 Mitglieder

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß eine Zunahme von 1043 Mitgliedern zu verzeichnen ist, gewiss ein erfreuliches Wachstum. Aber gegenüber der großen Werbekraft darf die gewaltige Fluktuation nicht übersehen werden! Von ca. 4000 Eintritten ca. 3000 Auscheidende, das ist wenig befriedigend. Dreiviertel aller Eintretenden gingen uns wieder verloren. Hier werden wir hauptsächlich einzuwirken haben, und wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß die bestehenden niedrigen Beiträge von unserer Verbands-Generalversammlung im Mai erhöht werden müssen, so dürften die vorstehenden Zahlen kaum einen Zweifel darüber zulassen. Höhere Beiträge höhere Leistungen, das ringt sich nun allgemach als Notwendigkeit bei allen Gewerkschaften durch und wir, die ohnehin mit ihrer Beitragsleistung so ziemlich an letzter Stelle stehen, müssen in Mainz neben der wenig feienden Sterbenunterstützung einen Unterstützungszweig einführen, welcher die ungeheure Fluktuation einzudämmen vermag. Erst dann kann unsere Entwicklung noch schnellere Bahnen einschlagen.

Daß unsere Berliner Finanzen an der Aufwärtsbewegung in gleichem Maße Anteil hatten, beweisen folgende Zahlen:

1904	Mk.	1905	Mk.
Filial-Ausgaben	16571,89	Filial-Ausgaben	17605,65
An den Haupt-Vorstand	23011,95	An den Haupt-Vorstand	29540,74
Bestand am 1. 1. 05	2907,61	Bestand am 1. 1. 06	8906,17
Einnahme und Ausgabe im Jahre 1904	42191,45	Einnahme und Ausgabe im Jahre 1905	56052,56

Man kann also in jeder Beziehung von gesundem Stellenverhältnis in unserer Filiale sprechen. Allerdings hat die letzte Generalversammlung, ab 1. Februar eine Unterstützung in außerordentlichen Beträgen einzuführen in Höhe von 10, 15 resp. 20 Mk. nach 32 Wochen abzuladen, die Erhebung der letzteren. Dasselbe ist jedoch zu ersetzen als Pensionssumme bis 1. Mai gedacht, um die event. Unterstützung zu ersetzen zu können. Es sind zu diesem Zweck die Mittel aus der Petition bewilligt, ferner hoffen wir durch Heranziehen des Vermögens der Filiale an einzelne Sektionsstellen, durch Einzahlungen usw. den neuen Unterstützungsfonds zusammenzubringen.

Man hat das letzte Jahresbudget von ca. 56000 Mk. einmal in 1905, die mit den Einzahlungen pro 1905, es erweist sich der monatliche Betrag unserer Liquiditäten in ersichtlicher Weise. Die für die Gasarbeiter sind durch die von uns gewinnemachen erzwungene Kassenrevision ca. 300000 Mk. für die Gasarbeiter usw. erreicht worden. Bei den Englischen Gasarbeitern betrug die Kassenhebung 8000000 Mk. Bei den Zigarrenarbeitern sind im neuen Etat ca. 1650000 Mk. mehr eingestellt worden usw., kurzum,

der Vorteil ist so unverhältnismäßig groß, gegenüber den geringfügigen Beiträgen, daß es eigentlich bedauerlich ist, wieviele Absichtliche noch immer in einzelnen Betrieben existieren. Diesen launen gleichgültigen oder gar zughastigen Kollegen muß im kommenden Jahre in aller Freundlichkeit auf den Leib getrixt werden. Hier haben unsere Vertrauensmänner noch ein weites Tätigkeitsgebiet. Damit ihnen allen, die sich im Jahre 1905 um unsere Ästale und deren Wachstum bemüht haben, aber wir dürfen nicht rasten, um nicht zu ruhen, und darum stehe jeder seinen Mann auch im neuen Jahre!

Ganz unverkennbar ist auch die Vertiefung der Bewegung in unserer Ästale eine größere geworden. Mehr und mehr werden neue und höhere Gesichtspunkte in den Versammlungen zu Tage gefördert und die früher mitunter fädelnischen persönlichen Debatten oder eben Verhandlungen sind ganz selten geworden. Dazu viel beigetragen hat wohl in erster Linie die größere Zentralisation unserer Ästale. Haben erst einmal alle Zettler den Begriffen, daß die Verhandlungsangelegenheiten möglichst in den Generatversammlungen der Ästale zu erledigen sind, daß Ausschüß, Komitee usw. von den Vertrauensmännern verabschiedet sind und in die Zettlerverantwortung gehören, daß auch die Verhandlungsangelegenheiten, Einstands- und Bewerberverhältnisse in den Ästalen oder Zettler versammlungen betprochen werden müssen, so ergibt sich damit ganz von selbst eine planmäßige Arbeitsteilung, welche allen Beteiligten zu gute kommt. Möge dies im Jahre 1905 noch fester beherzigt werden!

Wie regelmäßig noch außer den in den einzelnen Quartalsberichten erwähnten Vorträgen, Sitzungen usw. im Jahre 1905 2 öffentliche öffentliche Versammlungen, 20 Vorstandssitzungen 8 Sitzungen der Generatversammlungen, 5 General- und 4 Ästalt Versammlungen.

Mit Mühe ist auf den zu Verfügung stehenden Raum mit der Bericht für das 4. Quartal diesmal noch gedrängter gegeben werden, als das schon sonst der Fall war. Die Kollegen werden sich aber wohl um so mehr damit zufrieden geben können, weil in nächster Zeit die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berliner händischen Arbeiter vom Rat der Gewerkschaften in einer Probekarte ausführlich behandelt werden sollen.

Wie alljährlich, wies der Troster wieder ein äußerst reges Vereinsleben auf. Insbesondere verdient der Mitgliederzuwachs auf der neuen Gasanstalt Tegel Erwähnung. Hier unterföhlige uns besonders Kollege Maspsch mit regem Eifer. Am 20. November fand die erste allgemeine Vertrauensmänner Versammlung sämtlicher Betriebe bei Traßl statt; es waren ca. 250 Kollegen anwesend. Den Inhalt des Vortragenden über Aufgaben der Vertrauensmänner usw. wurde einhellig angenommen. Im kommenden Jahre soll das Vertrauensmänner System noch mehr ausgebaut werden. Allen Vertrauensmännern soll ein Reglement ausgearbeitet werden zur gleichzeitigen Legitimation bei den regelmäßigen Zusammenkünften usw. Mitte November gingen die Stadtverordneten Wahlen vor sich, welche einen erfreulichen Zuwachs der Arbeiter Vertreter brachte. Dessen wir, daß es uns dadurch leichter fallen möge, unseren Vorträgen und Beschwerden Gehör zu verschaffen. Die Wahl zur Verkehrsstrafenkasse der Stadt Berlin ergab einen Sieg der Organisation, nur vereinzelt hatten sich Gegner herausgewagt mit ihren Vätern. Leider besteht auch hier noch abgesehen die Verkehrsstrafenkasse der Postarbeiter sowie diejenige der Strafweinsieder, so daß nicht einmal unsere Stadtgemeinde eine Ausnahme von der ungemessenen Bevormundung im Strafenstrafwesen macht, nämlich zum Schaden der Arbeiter. Am 25. November fand unser zweites Stiftungsfest im „Reemalajst“ statt. Die Beteiligten werden ihm eine freundliche Erinnerung bewahren; leider sah man so manchen, der nicht da war! Die erste öffentliche Versammlung bei Traßl am 20. November war von mindestens 2500 Kollegen besucht. Stadtr. Zinger referierte über die Feuerungszulage, oft von lautem Gelächel unterbrochen. Die nachfolgenden Redner trachten sich ebenso wie der Referent kaum nämlich in eine generelle Lohn- und Arbeitsverhältnisse an. Eine diesbezügliche Resolution (S. „Gew.“ Nr. 2) fand einstimmige Annahme. Gerade wurde zur Arbeitslosenfrage für händische Arbeiter Stellung genommen und den Vorschlägen nebst Resolution des Referenten zugestimmt. Die Folgen dieses energiegelassen Vortrages sind denn auch mit ganz ausgeblieben. Man hat sich dazu benimmt, wenigstens 25 Äst. an diejenigen händischen Arbeiter zu zahlen, welche über 60 Tage zur Zeit der Beschäftigung tätig waren. Freilich, man brauchte vor lauter Erwägungen, Beratungen, Sitzungen usw. den November bis jetzt zur Auszahlung, ja es gibt heute noch einzelne Mitarbeiter, welche sich in Geduld fassen müssen nach Meinung unserer verschiedenen Verwaltungen und bis jetzt nichts erhalten haben. Jedenfalls kann man sich des Eindrucks nicht ganz erwehren, daß die zahlreichen Entlassungen auf den Gasanstalten usw., welche bekanntlich ab Januar vor sich gehen, eine gewisse Rolle gespielt haben in der langwierigen Auszahlung! Inzwischen beraten Ausschüß und Magistrat hierüber. Es sollen weitere 25 Äst. im Februar ausbezahlt werden, wenn die durchlaufenden Akten nicht behaltend. Gewissenhaft erleben wir! Bezüglich der generellen

Lohn- und Arbeitsverhältnisse sollen in den Etats pro 1906 vom Magistrat Mittel eingestellt werden. Auch hier sind unsere Kollegen recht pessimistisch gemut, was nach den Erfahrungen früherer Lohnrevisionen indessen begründlich ist. Will der Magistrat etwas Brauchbares schaffen, so muß vor allem der Anfangslohn von 4 M. in allen Verwaltungen gezahlt werden, steigend nach Jahreskategorien. Wir fürchten aber, daß es nicht der gute Wille. — Die J. C. G. A. (Englische Gasanstalten) macht es sich bequem. Auf eine von circa 800 Kollegen besuchte Versammlung in den Armiahallen am 16. Dezember 1905, welche letztere gleichfalls eine Feuerungszulage verlangte und den diesbezüglichen Ausführungen des Referenten sowie der Resolution zustimmte, hat man durch Aufschlag geantwortet, man wüßte sich nach der Stadt Berlin richten. Dies ist auch gelinde. Immerhin ist nicht ohne weiteres einzusehen, weshalb gerade die J. C. G. A. immer hinterher hinken will. Die gut organisierten Kollegen der Zettler IV werden bei der demnächst wieder zu erwerbenden Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 resp. 9 Stunden sich kaum mit dieser Forderung ohne weiteres abfinden lassen. Warum will die Direktion der J. C. G. A. man einmal voran gehen? Oder soll es um jeden Preis zum stummen kommen? Doch verlassen wir das Nebenstadium von der Feuerungszulage. Jedenfalls sollen diese Vorgänge auch den Gleichgültigen ein wenig aus der Ruhe locken. Und wir haben auch den Eindruck als wenn seitens des Magistrats sowohl wie seitens der J. C. G. A. für uns ungewollt Gehör agiert werden ist!

Die Generatversammlung im Dezember beschloß, endgültig die Anstellung Englis als zweiten Sekretar der Berliner Ästale auf bezüglichen Verarbeitung der Zettler und zur Leitung der Agitation. Wir glauben überflüssig, daß damit die Ausbildung und Plannmäßigkeit unserer Bewegung weitere Fortschritte machen wird. Daß aber auch eine gewisse Entlastung notwendig war, beweist wohl am besten nachstehende Angaben. Es wurden im 4. Quartal 41 Vorträge in den Zetteln abgehalten, davon 4 vom Ortsbureau, ferner 61 Sitzungen, 4 Vorstandssitzungen, 1 erweiterte Verwaltung und diverse sonnenabend. Außerdem ist folgende Festschrift, welche namentlich in den Englischen Gasanstalten viel Aufmerksamkeit kostete, im 19. Dezember 1905 erbracht, es dürfte auch bis zu seiner Wiederherstellung noch einige Zeit vergehen. Bestätigt wurde auch der Beschluß des Ästaltvorstandes in der letzten Generatversammlung aufgenommen, für die Preussener Kollegen dem Quartierverband von 5000 M. zur Verfügung zu stellen, was bekanntlich durch die nachfolgenden Ereignisse nicht mehr nötig wurde. In nächster Zeit wird die sozialdemokratische Reaktion eine Allgemeine Arbeitsordnung für sämtliche Berliner händischen Betriebe einbringen, welche u. A. einen Minimallohn von 4 M., sowie 8 stündige Arbeitszeit verlangt. Hierüber, wie schon, kann man den Stadtvätern und dem Magistrat zurufen: hier ist der Augenblick, wo man ernst machen kann mit der Arbeiterfreundlichkeit.

Wir wollen unseren Leuten zu langen Verlust nicht noch mit Darstellungen über Einzelbedenken und all den „händischen Dingen“ aus der Sprechstunde belästigen, nur eins sei zum Schluß allen Kollegen dringend aus Herz gesagt: Arbeiter wider weiter für den Verband und seine Fortreibungen, erwartet nicht nur ein Teil von ein zelnen Personen, sondern selbst mit ein in den Mann mit ein menschenwürdiges Dasein! Emil Tittmer.

Die Streiks im Jahre 1904. (Zatun)

Die Streikbewegungen.

Zur Arbeit waren im Jahre 1904 627 Streikbewegungen, an denen 23 128 Personen, 21 199 männliche und 1628 in weiblicher Hinsicht waren. Der Verlust an Arbeitszeit betrug im 1904 270 000 Stunden, von denen auf die monatlich in Preussener 218 130 und auf die weiblichen 29 938 entfallen. Der Verlust an Arbeitszeit auf Berlin für die 20 661 Streikenden 851 782 M. Die Streiks verurteilten eine Ausgabe von 788 908 M.

Die Streikbewegungen wurden geführt in 19 Fällen mit 797 Beteiligten, weil die Hauptbewegungen den Streik der 1100 Arbeiter aus der Gewerkschaft forderten. Nur 7 dieser Streiks mit 87 Beteiligten hatten Erfolg. Neben den Streiks, die den Streikern keinen Erfolg in einem Streik ein. Verloren waren ein der 19 Streiks 5248 Personen. Erfolg wurde in 86 Fällen mit 1 299 Beteiligten, weil dieser Erfolg bei 17 Streiks mit 649 Beteiligten erzielt. Erfolgreich Verhandlungen wurden 200 Streiks mit 1 005 Beteiligten geführt. Erfolg war bei 131 Streiks mit 2 508 Beteiligten, teilweise Erfolg bei 12 Streiks mit 1 831 Beteiligten, verbunden. Wegen Verlesung der Arbeiter in mehr die Streiks, selbst 29 Streiks haben. Von den 1971 an diesen Streiks Beteiligten hatten 5775 bei 13 Streiks Erfolg, und 121 bei 5 Streiks keinen Erfolg. Die Streikbewegungen sind allgemein in Berlin und die Verhandlungen führte in 68 Streiks mit 3 212 Beteiligten, von welchen 1 091 bei 29 Streiks Erfolg hatten und 222 bei 5 Streiks keinen Erfolg zu verzeichnen hatten. Die Entfaltung einer Arbeitsordnung verlangte 5 Streiks mit 111 Beteiligten, lokale Verhandlungen verlangte 21 Streiks mit 131 Beteiligten. Andere Streiks waren

29 Streiks mit 1980 Beteiligten zugrunde. Bei 28 der letzteren Streiks hatten 615 Beteiligte vollen und bei 1 Streik 687 Beteiligte teilweisen Erfolg. Von sämtlichen Streikstreifen waren 137 63,7 Proz. erfolgreich, 82 43,1 Proz. teilweise erfolgreich und 178 25,4 Proz. erfolglos. Vollen Erfolg hatten 12 998, teilweisen Erfolg 3771 der Beteiligten.

Die Streikstreifen im allgemeinen sowie die Zahl der Beteiligten und den Erfolg bei den einzelnen hauptsächlichsten Arten der Streikstreifen in den letzten 5 Jahren zeigt die folgende Tabelle:

Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der Beteiligten	Vollen Erfolg				Teilweisen Erfolg			
			Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent
Abschreibestreiks.										
1909	262	14.725	122	41,7	4670	32,7	43	14,7	1.541	50
1910	401	17.793	149	37,1	4886	28,2	20	17,5	4018	26,6
1911	546	26.293	225	41,2	6112	23,1	75	11,7	3825	23,6
1912	597	22.747	210	35,2	6628	4,9	73	12,2	2185	11,1
1913	657	23.172	237	36,1	12.968	5,7	82	13,1	5774	16,1
50	241	2.974	114	47,3	8.395	41,8	31	11,1	1.982	17,2

Jahr	Zahl der Beteiligten	Austritt aus der Organisation						
		Zahl	Prozent	Zahl	Prozent			
1909	15	861	3	20,5	222	24,9	2	13,1
1910	15	1230	1	6,7	18	1,4	1	13,1
1911	4	105	2	50,0	47	13,1	1	13,1
1912	8	43	1	11,8	—	—	—	—
1913	10	70	3	15,8	87	11,1	2	10,5
50	61	179	8	13,1	374	10,8	6	9,9

Jahr	Zahl der Beteiligten	Nachregelung						
		Zahl	Prozent	Zahl	Prozent			
1909	78	6948	29	37,2	1070	17,8	11	14,1
1910	69	2813	20	36,3	927	29,4	10	16,7
1911	79	2281	35	46,9	1489	53,7	6	9,9
1912	124	3078	24	15,1	1796	47,6	10	10,6
1913	166	2118	34	57,7	2229	62,8	17	10,6
50	591	19452	286	45,1	8969	41,6	54	10,8

Jahr	Zahl der Beteiligten	Lohnreduzierung						
		Zahl	Prozent	Zahl	Prozent			
1909	122	4998	56	46,0	1776	43,1	19	15,6
1910	211	8771	80	37,6	2220	26,0	46	21,8
1911	277	7626	124	47,1	3267	41,8	59	19,1
1912	294	9276	164	56,0	5768	62,2	31	14,6
1913	399	10.675	153	57,1	3628	70,8	42	15,7
50	1112	35.888	577	49,1	18.229	45,2	289	17,9

Jahr	Zahl der Beteiligten	Verlängerung der Arbeitszeit						
		Zahl	Prozent	Zahl	Prozent			
1909	11	402	7	43,6	154	38,9	—	—
1910	19	1235	9	47,1	681	55,9	—	—
1911	22	1371	5	22,7	198	11,9	—	—
1912	31	724	13	61,9	626	87,1	—	—
1913	39	1074	15	53,6	775	92,1	5	17,9
50	102	7468	49	48,5	5075	76,9	14	13,8

Jahr	Zahl der Beteiligten	Nichtinnehaltung der allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen						
		Zahl	Prozent	Zahl	Prozent			
1909	18	802	8	41,4	267	29,6	2	11,1
1910	21	764	10	47,1	169	22,1	1	11,1
1911	46	1871	27	56,7	789	42,7	7	16,6
1912	74	1971	39	54,1	1091	55,3	14	18,9
1913	67	3223	36	51,1	1364	10,6	8	11,9
50	226	11.222	122	54,9	3492	30,2	34	15,0

Von den 2433 Abschreibestreiks im letzten Jahrzehnt wurden 1172 mit 36.588 Beteiligten wegen Lohnreduzierung, 591 mit 19.162 Beteiligten wegen Nichtinnehaltung der üblichen Arbeitsbedingungen, 102 mit 6088 Beteiligten wegen Verlangern der Arbeitszeit und 61 mit 1.166 Beteiligten wegen Angriffs auf das Nahrungsgeld gekämpft. Von den letzteren waren mit 13,1 Proz. erfolgreich, während 29,1 Proz. bei weitem Vermehrung und 54 Proz. der wegen Nichtinnehaltung der üblichen Arbeitsbedingungen gestrichelten Streiks erfolgreich waren.

III.

Die Aussperrungen.

Das Jahr 1900 wurden die Aussperrungen in der Zahl der Gewerkschaften unter den verschiedenen Gewerkschaften die Zahl der Beteiligten bezuglich der Streiks und die Zahl der Beteiligten die die Zahl der Beteiligten der verschiedenen Arten verhandelt. So sind auch aus dem vorhergehenden Material nicht die verschiedenen Arten der Aussperrungen zu entnehmen. Die Zahl der Aussperrungen war bei den verschiedenen Arten der Aussperrungen mit allen zu verhandelnden Parteien verbunden. In diesen verhandelnden Parteien gehört die

Aussperrung großer Arbeitermassen, sobald eine Kategorie der Arbeiterkraft eines Gewerbes oder eines Betriebes herbeizuführen zu stellen mag. Der Arbeiterkraft werden durch dieses Vorgehen der Unternehmer bedeutende Opfer auferlegt; doch dürfte sich das Unternehmertum, wenn es glaubte, durch diese Taktik die Arbeiterorganisationen niederhalten zu können. Solche Angriffe des Unternehmertums enden nur scheinbar mit einem Siege für dieses. Von einem dauernden Erfolge gegenüber den Arbeitern kann gar keine Rede sein. Die Aussperrungstaktik führt nur dazu, daß die Kämpfe mit größerer Erbitterung geführt werden. Die Niederlage in einem solchen, von den Unternehmern zur Wadeprobe gehaltenen Kampfe veranlaßt die Arbeiter, mit größerer Erbitterung und größerer Opferbereitschaft sich für den neuen Kampf zu rüsten. Der Arbeiter, den die Kapitalisten aus diesen Siegen haben, ist viel tiefer wirkend als der, welchen die Arbeiter davontragen. Die der Arbeiterkraft geschlagenen Wunden sind bald verheilt und nicht blutiger, sondern gesteigerte Kampfbereitschaft in der Erfolg eines, wenn auch auf demselben wirksamen Schlags, den die Unternehmer den Arbeitern mit einer Aussperrung verheißt. Wer der äußere Erfolg auch bei den meisten Aussperrungen auf Seiten der Unternehmer, so hat, wie die Erfahrung lehrt, diese Tatsache auch nicht im geringsten dazu geführt, die Arbeiter von weiteren Kämpfen um Verbesserung ihrer Lebenslage abzuhalten. Es wird aber von besonderem Werte für die Arbeiterkraft sein, zehnjährig festzustellen, in welchem Umfange die Unternehmer von dem Kampfmittel der Aussperrung Gebrauch machen. Die folgende Tabelle enthält die nähere Aufweisung über die Aussperrungen der Jahre 1900 bis 1904.

Jahr	Anzahl	Zahl der Beteiligten	Verlust an Arbeitszeit		Gesamt Ausgab	Resultat in Prozenten		
			Tage	seit gestellt für die Beteiligten		Erfolgreich	Teilweise erfolgreich	Erfolgreich
1900	46	1460	18256	8027	66697	74,8	24,0	2,9
1901	35	8491	12127	6688	28.072	26,0	26,0	27,1
1902	56	6791	11719	4910	29827	14,3	11,3	44,1
1903	82	4593	11271	3293	17804	29,0	12,8	29,1
1904	112	3192	9928	3579	15007	27,2	25,1	27,2
50	331	10706	28434	8750	48150	36,7	23,7	30,8

Die Zahl der Aussperrungen hat sich im Jahre 1904 gegenüber 1902 verdoppelt und gegenüber 1901 vervierfacht, und in annähernd gleichem Maße ist die Zahl der Aussperrungen anwachsend. Von den 19709 in den fünf Jahren Aussperrungen konnte nur für 8750 der Verlust an Arbeitszeit festgestellt werden. Diese wurden an 2511391 Tagen an freiwilliger Ausübung der Arbeit verbüßt. Die Gewerkschaften waren genötigt, in den fünf Jahren 1861540 RM. für die Aussperrungen zu veranschlagen.

Wie schon bemerkt, ist bisher nur ein geringer Teil der Aussperrungen, etwa ein Drittel, zugunsten der Arbeiter ausgefallen. Das ist aber aber keineswegs Veranlassung, besitz der weiteren Entwicklung der Dinge entgegenzublicken. Im Gegenteil, wir bedauern dieses Vorgehen der Unternehmer als in der Natur der Sache liegend. Und da wir besonderen Wert darauf legen, daß die Arbeiter deutlich die Immatur unserer gegenwärtigen Gesellschaftsordnung erkennen, so vermögen wir den Unternehmern wegen ihres rücksichtslosen Vorgehens nicht einmal gram zu sein. Wir abzugeben, als durch einen Streit, wird die Auflösung der Arbeiterschaft durch eine Aussperrung herbeiführen. Aber wir können und wollen wir diesen Kämpfen nicht, und deshalb ist es dann am besten, daß diese Kämpfe sich in der Form abspielen, die am geeignetsten ist, die Arbeiterschaft aufzurichten und sie zur Erkennung der Abneigung zu bringen, die ihr die heutige Gesellschaft und ihre Repräsentanten, die Kapitalisten, beizubringen.

In den letzten fünfzehn Jahren, von 1890 bis 1904, sind insgesamt 1191 Aussperrungen und Aussperrungen mit 295.275 Beteiligten zu verzeichnen gewesen. Erfolgreich endeten davon nur die Streiker 1904 47,1 Proz., teilweise erfolgreich 67,9 10,5 Prozent und erfolglos 1187 39,1 Proz. Veranschlagt wurden für die Abschreibestreiks 11.99128 RM. gegen 17.661 RM. Die für die Abschreibestreiks aufgewandt wurden. Im Verhältnis zur Zahl der Beteiligten sind die Anwendungen für die Abschreibestreiks höher, als für die ungeschickten, denn an den ersteren waren 295.275 und an den letzteren 589.271 Personen beteiligt.

Der Erfolg der Streiks ist in den letzten Jahren sowohl kaum angestiegen, als auch in der Absicht ein für die Arbeiter größer geworden. Die Hände sind zum Teil in der anwachsenden ungewissen Richtung liegen, zum anderen Teil aber auch in der ungewissen Richtung und besonders in der finanziellen Richtung der Arbeiter. Aus die letzten Jahre der Arbeiterkraft den die Arbeiterkraft durch die Aussperrungen herbeiführen. Aber wir können und wollen wir diesen Kämpfen nicht, und deshalb ist es dann am besten, daß diese Kämpfe sich in der Form abspielen, die am geeignetsten ist, die Arbeiterschaft aufzurichten und sie zur Erkennung der Abneigung zu bringen, die ihr die heutige Gesellschaft und ihre Repräsentanten, die Kapitalisten, beizubringen.

Jahr	Gesamt- lohn der Streiks Mk.	Talon aus der Kasse der im Streik befindlichen Ergani- sationen Mk.	Prozent der Ge- samt- aus- gabe
1890/91	2 004 922	1 215 025	54,0
1892	81 638	29 271	34,0
1893	172 001	64 123	37,0
1894	354 297	85 341	24,0
1895	421 231	204 970	48,0
1896	3 012 950	724 603	24,0
1897	1 257 298	775 361	62,0
1898	1 345 302	1 051 074	78,0
1899	2 627 119	2 016 157	77,0
1900	2 936 030	2 487 853	84,0
1901	2 515 888	1 731 491	68,9
1902	2 237 504	2 041 181	91,2
1903	5 080 984	4 511 621	88,8
1904	5 551 314	5 290 652	95,3
	29 724 478	22 231 723	74,7

Während in den neunziger Jahren der größte Teil der Streikunterstützungsgelder durch Sammlungen aufgebracht wurde, spielen heute die Sammelgelder bei der Streikunterstützung nur in Ausnahmefällen, wie bei der Ausperrung der Territarbeiter in Gummifabriken oder dem Streik der Verarbeiter im Innern dieses Jahres eine Rolle. In der Hauptsache decken die Organisationen die Ausgaben für die Kämpfe aus eigenen Mitteln, und das kann man als einen erfreulichen Fortschritt bezeichnen.

Aus den häufigsten Aufzeichnungen über die Streiks dürften die folgenden Dinge noch von allgemeinem Interesse sein. Von den 130.909 männlichen Streikenden und Ausgesperrten waren 55.102 und von den 5918 weiblichen 1170 verheiratet. Die Verheirateten hatten insgesamt 103.563 Kinder unter 14 Jahren zu erziehen. Diese Zahlen sind nicht ganz vollständig, weil nicht für alle an den Kämpfen Beteiligten Angaben über die Familienverhältnisse gemacht werden konnten. Die vorliegenden Ziffern aber sind ausreichend, um schlagend die Behauptung der Gegner der Arbeiterbewegung zu widerlegen, es handle sich bei den Streiks meist um das Vorgehen jugendlicher unbedachtloser Elemente.

Wieviel Organisationsarbeit für die Gewerkschaften noch zu verrichten ist, ergibt sich daraus, daß von 135.957 Streikenden nur 61.286 männliche und 1195 weibliche 6 Monate vor Beginn des Streikstoffes organisiert waren. Angesichts der gewaltigen Kämpfe, welche die Gewerkschaften in den letzten Jahren zu führen hatten, müßten doch die nichtorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen erkennen, daß sie den Gewerkschaften nicht erst dann beizutreten haben, wenn sie deren Hilfe im Kampfe brauchen. Es wird der Ausgang aller Streiks und Ausperrungen weit günstiger sein, wenn nicht ständig die Aktionskraft der Gewerkschaften durch die Nichtorganisierten gehemmt würde. Was Worte nicht zu leisten vermögen, das sollten die Taten des Internementums den Arbeitern harmaden.

Von den 1625 Streiks und Ausperrungen wurden 1118 durch einen Vergleich beigelegt. Es wurde verhandelt: Zwischen den einzelnen Unternehmern und den Arbeitern in 290 Fällen, zwischen Vertretern der Unternehmer und Vertretern der örtlichen Organisation der Arbeiter in 190 Fällen, zwischen den Vorstehenden unter Anteilnahme von Vertretern des Zentralvorstandes in 112 Fällen, zwischen Vertretern der Unternehmer und Vertretern des Zentralvorstandes in 112 Fällen, vor dem Gewerbegericht in 53 Fällen und vor dritten Parteien oder Störparteien in 31 Fällen. Diese Zahlen weisen aus, daß es den Unternehmern heute nicht mehr möglich ist, die Organisation der Arbeiter umgehen zu können, so sehr auch die Arbeitgeberverbände den Grundlag predigen mögen, mit Arbeiterorganisationen nicht zu verhandeln. Scharflich werden auch diese Verbände sich mit der Tatsache abfinden müssen, daß die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterkraft ein Faktor geworden ist, der bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mehr ausgeblendet werden kann.

Nach mancherlei es an dieser Erkenntnis und es werden noch schwere Kämpfe zu führen sein, ehe auch die Verbindungen der langgeleiteten Unternehmern sich ihr nicht mehr verächtlich können. Das die erarbeitete Arbeiterschaft bei diesem Erkenntniswert fangen nicht nimmt, lehrt die Zurechtweisung der Gewerkschaften. Sie lehrt uns aber auch, daß es gilt zu rufen und die Organisationsarbeiten auszuführen. Denn was wird in der Periode wiedergehender Streikperiode einrichten, wenn schon während der günstigen Geschäftsperiode die Unternehmer Absichten bereits hervorzubringen und zu durchzuführen greifen. Es gilt aber auch den Kampf herbeizuführen zwischen dem Arbeitslohn und den durch den Kapitalist genutzten Kosten der Zahlungsmittel. Schwere wirtschaftliche Kämpfe stehen der Arbeiterkraft Deutschlands bevor. Woher die indifferenten Arbeiterschaften nicht umher die Meinung verhallen lassen, daß auch sie teilnehmen können an der Planung für die Zukunft, auf daß sie mit Sicherheit zum Zuge der Arbeiterkraft kommen.

Aus unierer Bewegung.

Berlin IV (Eingl. Gaswerke). In Mariendorf fand am 15. Januar eine Versammlung der Gasarbeiter statt. Den ersten Teil derselben bildete ein vom Kollegen Kreuzlow gehaltenes Vortrag: „Es ist immer so gewesen, Meiche und Arme hat es immer gegeben.“ — Die daran anschließende Verurteilung der Vertrauensleute zeitigte eine lebhafteste Ansprache, in der die Unzufriedenheit der Arbeiter mit der Tätigkeit der Arbeiterschiedsrichter in die Erscheinung trat, die infolge der Haltung der Betriebsleitungen zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt wurden und positive Erfolge daher nicht erzielen konnten. Bei der folgenden Beratung der Anträge für den Arbeiterschiedsrichter wurde beschlossen, in erster Reihe wieder die Durchführung des 8- bzw. 9 Stundentages zu fordern. Ferner wurde beantragt: Die Abänderung der Arbeitsordnung — die gerechte Beachtung der Entlassungen, die Bildung eines Zentral Arbeiterschiedsrichters, der aus den Betriebsausschüssen zusammengesetzt wird, und bei wichtigen Anlässen direkt mit der Direktion zu verhandeln hat. Die Versammelten traten allen diesen Punkten einstimmig bei. Die Fortsetzung der Versammlung fand am 20. Januar statt. Als Einleitung sprach Kollege G. Wutich über: „Die Aufgaben der Arbeiterschiedsrichter.“ Die darauf wieder aufgenommene Beratung der Anträge für den Arbeiterschiedsrichter führte zur Aufstellung förmlicher im vorigen Jahre abgelebten Bestimmungen, denen noch einige neue hinzugefügt wurden.

Bremen. Außerordentliche Mitgliederversammlung am 21. Januar. Verhandlungsgegenstand: Mittler erörterte in einem Vortrage die Vorgänge in Breslau und Barmbeide. Die Versammlung beschloß nach einer kurzen Diskussion folgende Resolution:

„Die am 21. Januar laufende Mitgliederversammlung der Rüstler Bremen spricht ihre scharfe Entrüstung über die dem Verbande in Breslau angelohene Schmach aus und verurteilt, jede Art der Abwehr solcher Angriffe kräftig und energisch zu unterstützen; sie erwidert als wirksamste Unterstützung neben dem Ausbau der Organisation eine Erhöhung der Beitragsbeiträge, damit nicht aus Mangeln an Mitteln notwendige Maßnahmen unterbleiben müssen.“

Dresden. Am 30. Januar hielt die Mitgliedschaft Dresden ihre Generalversammlung ab. Der Geschäfts- und Rechenschaftsbericht liegt gedruckt vor. Demselben ist zu entnehmen, daß das vergangene Jahr ein arbeits aber auch erfolgreiches zu nennen ist. Man einerseits auf eine Mitgliederzunahme von 390 zurückgeführt werden, so ist andererseits eine ganz bedeutende Einnahme aber auch Ausgabe zu verzeichnen. Die Zahlen sind:

Einnahme	24 270,35 Mk.
Ausgabe	16 677,03 „
Bestand am 31. 12. 1904	26 418 Mk.
„ 31. 12. 1905	10 247,80 Mk.
gegen 1904 ein mehr von	7 593,32 „

Dieses glänzende Resultat ist wohl in erster Linie der Einheitslichkeit der Beiträge und dem Ausbau der Unterstützungsanstaltungen zu verdanken.

Im vergangenen Jahre haben stattgefunden: 11 öffentliche Versammlungen, 22 Sitzungen der Verwaltung, sowie nicht weniger wie 142 Konferenzen und Besprechungen der einzelnen Betriebe. Neben einigen tausend Postsendungen hatte das Bureau eine ganze Anzahl Gesuche und Petitionen für die verschiedensten Zwecke anzufertigen.

An gefälligen Veranstaltungen fanden statt ein Sommerfest, ein Herbst- und ein Stiftungsfest, sowie eine Schiffspartei.

Nachdem die Revisionen über ihre Tätigkeit berichtet und den Rechnungsabläufe für richtig erklärt hatten, wurde dem Vertrauensmann Entlassung erteilt.

Die nun folgende Neuwahl brachte die Wiederwahl des Kollegen Lüden als Vertrauensmann, als Stellvertreter fungiert Kollege Altemann. In Revisionen wurden die Kollegen Fehold, Uhle und Wiedprey bestimmt. Lüden nimmt die Wahl mit Dank an und bemerkt, daß ihm nun zum zehnten Male das Vertrauen geschenkt werde, die Geschäfte zu führen. Die am Ende des Jahres vorgenommene Kontrolle der Mitgliedsbücher ergab folgendes Resultat: Eingegangen im ganzen 881 Bücher, rückständig waren von 4 bis 13 Wochen 43 Mitglieder mit zusammen 348 Wochen. Am einzelnen fehlten in 47 Fällen 71 Beitragsmarken, in 72 Fällen 111 Zeilepartienmarken, in 19 Fällen 10 straßenmarken und 11 eingegangene Bücher zeigten Mängel über 13 Wochen. Den Beiträgern dieser Bücher ist aufgegeben worden, ihre Beiträge zu regeln, widrigenfalls sie als Mitglieder nicht mehr betrachtet werden. Die anderen sämtlichen Zahlungserlöse sind an dieser Stelle nochmals aufgefordert, ihren Beiträgen nachzukommen, da wir ganz stille nach dem Stande verfahren werden.

In ausführlicher Weise referierte sodann Kollege Fehold über die Gehaltsfrage des Vertrauensmannes. Hierzu lagen 2 Anträge vor. Das Gehalt wurde auf 1700 Mark festgelegt.

Eine längere Diskussion entwickelte sich über die Regelung der Verbandsbeiträge und höhere Ausgestaltung der Gewerkschaft. Hierzu bemerkt Lüden einleitend folgendes: Die Gehaltsfrage sei geradezu eine brennende geworden. Früher hatte man geglaubt, mit dem achttagigen Einnehmen werde es besser werden, aber das

Gegenteil sei eingetreten. Die Gewerkschaft stehe weder inhaltlich, noch prinzipiell auf der Höhe der Zeit. Hier müsse unbedingt ein Wandel eintreten. Wir verlangen von der Redaktion, die Gewerkschaft so zu leiten, wie es unsere Würde fordert. Der Geist der Heberneutralität müsse aufhören, sein Wesen zu treiben; habe die Redaktion dazu keine Möglichkeiten, müsse sie eben erneuert werden. Der schon lange bestehende Platzmangel sei unerträglich, aber hier können wir auf den wunden Punkt, es sind keine Mittel vorhanden, dem abzuwehren. Der Verbands-Vorstand müsse dem Verbandstag eine Vorlage unterbreiten, welche eine Schenkung herbeizuführen geeignet sei. Als Vertreter des Verbandsvorstandes erklärt der Kollege Mohs, daß auch der Verbands-Vorstand mit den gegenwärtigen Zuständen nicht zufrieden sei. Die Schuld treffe aber keine einzelnen Personen, sondern liege eben an den niedrigen Beiträgen. In nächster Zeit werde der Verbands-Vorstand verschiedene Vorschläge unterbreiten. Es sei jedoch auch Sache der Mitglieder, bei dem Verbands-Vorstand in dieser Frage Anträge zu stellen. Auch er ist für eine Erhöhung der Beiträge und weiteren Ausbau der Unterhaltungen. — Nach folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die heutige Generalversammlung der Mitglieder Dresdens beauftragt den Verbands-Vorstand, dafür Sorge zu tragen, daß unser Verband eine bessere finanzielle Grundlage erhält.

Zu diesem Zweck beantragen wir die Beitragsleistung auf folgender Grundlage:

Jedes Mitglied hat wöchentlich einen Verbandsbeitrag in Höhe eines Stundenlohnes zu zahlen.

Die Grenze der Beiträge wird von 5 zu 5 Pf. nach oben abgerundet. Der niedrigste Beitrag pro Woche ist 30 Pf., der höchste 50 Pf.

Die erhöhte Beitragsleistung ist erforderlich zur Verbesserung unserer Verbandskasse; Schaffung eines Kampffonds und zur einheitlichen Regelung und weiteren Ausbau unserer Unterhaltungs-einrichtungen. Wir beantragen die Einführung der Erwerbslosen-unterstützung, sowie Unterstüzung der Mitglieder im Sterbefall der Ehegatten.

Der Verbands-Vorstand möge für Verwirklichung dieser Anträge auf dem nächsten Verbandstag Sorge tragen.

Anmerkung der Redaktion: Die „Gewerkschaft“ wird so geleitet, wie es das Verbandsprogramm, das Statut und unsere Bewegung erfordert unter Verantwortlichkeit der vorhandenen Mittel. Wenn die Redaktion nicht „der Würde der Bewegung“ entspricht, müßte sie allerdings schleunigst erneuert werden und hätte dann übrigens schon längst in die Wüste gejagt werden müssen. Was heißt das übrigens: „Der Geist der Heberneutralität“ müsse aufhören, sein Wesen zu treiben? Soll die Redaktion vielleicht die Kollegen in jeder Nummer zum Massenstreik auffordern, soll sie sonstige „ultravitalen“ Maßnahmen empfehlen? Die Redaktion gerade unseres Anwaltes hat jedenfalls die Aufgabe, die realen Machtverhältnisse in Staat und Gemeinde gehörig zu würdigen und vor allen Dingen die Kraft unserer eigenen Bewegung richtig einzuschätzen. Ferner soll sich die Redaktion jedenfalls sehr hüten, durch ihre Schreibweise „die Feinde des Verbandes einzuweihen“, was bekanntlich sehr leicht geschehen kann.

Wir fassen unsere Verantwortlichkeit nicht nur allein in „preß-gesetzlichen Sinne“ auf, sondern wir fühlen uns auch dahin verantwortlich, mit jedem Wort und mit jeder Zeile die tatsächlichen Interessen der Mitglieder zu wahren. Wenn das heißt „überneutral“ sein, gut, vor so einem Wort sind wir nicht bang. Aber auf das Wort und den Namen kommt es bekanntlich nicht an, sondern auf das, was man will, und wie man es erreichen kann. Das ist jedenfalls die Hauptsache. Schließlich können wir aber auch beim besten Willen nichts entdecken von der Heberneutralität, von der Kollege Vösch redet, und wir werden ja noch reichlich Gelegenheit haben, uns über diese Sache auszusprechen.

Zum Schluß noch eine Bemerkung. Wenn Vösch am Ende glaubt, daß wir „prinzipiellen Auseinandersetzungen“, wie sie seit einigen Jahren in der Bewegung wieder einmal Mode geworden sind, grundsätzlich ausweichen, so irt er sich und mit ihm alle, die etwa seiner Meinung sind. Wir müssen beispielsweise in dieser Nummer allein über 10 Versammlungsberichte, eine große Menge von Notizen über Feuerungsverhältnisse, Stadtparlamente usw. zuordnen. Wo ist der Platz für solche Sachen, wie Vösch es will? Deshalb haben wir uns bisher immer nur bescheiden auf unsere eigenen Angelegenheiten beschränken müssen.

Kalbsried. Dieses schon gelegene Städtchen in der Nähe des Sargsee ist in jüngster Zeit zu einer ganz besonderen Berühmtheit gelangt, da dort bekanntlich 12 Arbeiter des Wasserwerkes entlassen wurden, weil sie sich gewerkschaftlich organisiert hatten. Als zur Stunde sind die Entlassungen noch nicht rückgängig gemacht. Der gewerkschaftliche Ausschuss für die städtischen Gas- und Wasserwerke hat vielmehr dieser Verhöhnung der Gewerkschaft keine Sanktion erteilt.

Es steht nun dahin, ob der Magistrat, dieses Unrecht einlösend, die Kollegen vielleicht in anderen Werken unter bringt. Die Stadtverordnetenversammlung wird im ebenfalls in den nächsten Tagen mit dieser Sache beschäftigen, ebenso die große Versammlung der Einwohnerstadt Kalbsrieds. Wir werden deshalb in nächster Nummer ausführlicher berichten können, wie die Sache sieht

Leipzig. Eine auf beschriebene öffentliche Versammlung fand am 21. Januar im Volkshaus statt. Da der Referent, der über die Forderungen eines einseitigen Arbeiterausschusses sprechen sollte, am Erscheinen verhindert war, übernahmen es einzelne Kollegen, die Arbeiterausschüsse, wie sie jetzt beim Räte der Stadt Leipzig beschaffen sind, zu schildern. Die Redner führten aus: Die Arbeiterausschüsse, die im Jahre 1901 vom Rat der Stadt eingeführt seien, entsprächen den Erwartungen der Arbeiter nicht, da die Wahlfähigkeit unbedingt zu hoch gegriffen sei. Zurzeit müsse ein Arbeiter 30 Jahre alt sein und 6 Jahre ununterbrochen im städtischen Dienste beschäftigt sein, und wahlberechtigt seien nur solche Arbeiter, die nach erlangter Volljährigkeit drei Jahre beim Räte beschäftigt sind. Es könnten also nur ältere Arbeiter in die Arbeiterausschüsse kommen, die, da sie auf die Wohlfahrts-einrichtungen Anspruch hatten, nicht den Rat beugen, die Wünsche und Bedürfnisse so zu vertreten, wie es notwendig wäre. Auch ließe es der Leipziger Rat oftmals nicht für nötig, den Arbeiterausschüssen Antwort auf ihre Eingaben zu erteilen. Aus diesem Grunde habe man das Ersuchen an die Verbandsleitung gestellt, Vorschläge für einen einseitigen Arbeiterausschuss auszuarbeiten. Dieser Entwurf soll, nachdem in einer späteren Versammlung darüber Beschluß gefaßt ist, dem Räte unterbreitet werden. Hierauf gab der Verbands-Vorstand den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl ist von 428 auf 637 gestiegen. Die Abrechnung vom 1. Quartal ergab eine Einnahme von 1666,10 Mk.; der Massenbestand betrug zurzeit 760,71 Mk. Dem Majoree wurde Debatte erteilt. Der Parteidelegierte erstattete alsdann ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Gewerkschaftsstellens im Jahre 1905, und verwies die Anwesenden auf die Sekretariatsberichte, die zum Preise von 20 Pf. durch den Verband zu beziehen seien. Als Verbands-Vorstand wurde Kollege Aug. Meuter gewählt. Nachdem noch verschiedene Neuwahlen vollzogen waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Appell an die Anwesenden, auch in diesem Jahre treu zu dem Verbands zu halten, und vor allem mitzuwirken, damit sich unser Verband den anderen würdig an die Seite stellen könne.

Aus den Stadtparlamenten.

Gera. Wie es auf dem Rathaus gemacht wird, wenn der Arbeiter um eine Lohnerhöhung nachsicht, das lehrt die Sitzung des Gemeinderates vom 26. Januar. Die Vaterenwörter hatten um Erhöhung ihres erbärmlichen Lohnes nachgesucht, welcher pro Woche 10-12 Mk. beträgt. In Frage kommen 16 Vaterenwörter, wovon 4 tagelöhner noch arbeiten und pro Woche 13 Mk. verdienen, einer verdient gar nichts, die anderen haben nur einen sehr kleinen Nebenverdienst. Aber was haben die Leute erhalten? Zoag und Schreibe ganze 50 Pf. pro Woche! Der Antrag des sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglied, 1 Mk. zu bewilligen, wurde abgelehnt und die Vorlage des Magistrats angenommen. Der Überbürgermeister betonte ausdrücklich, es sei dem Stadtrat nicht leicht geworden, die Vorlage einzubringen. Das glauben wir dem Herrn Überbürgermeister ganz gerne. Er braucht gar nichts zu sagen, da werden ihm gleich 1000 Mk. zugelegt. Also ziemlich dreimal mehr als die 16 Vaterenwörter zusammen erhalten. Na, wenn es sich um Aufbesserung der Gehälter der großen Beamten handelt, da wird mit hellen Händen gegeben und Tausende von Mark spielen gar keine Rolle. Wehrt euch, ihr Vaterenwörter, und zieht die richtige Konsequenz daraus. Und wir rufen euch zu: Schließt euch eurer Organisation an und seid emig untereinander, denn nur durch geschlossenes Vorgehen können wir vorwärts kommen. Das mögen sich auch die Arbeiter in den anderen Städten hinter die Ohren schieben und nicht denken, sie seien etwas besseres.

Magdeburg. Das Geseind des Arbeiterausschusses, für die städtischen Vaterenwörter, die Dienstleistungsulagen, wie dieselben den anderen städtischen Arbeitern gewährt werden, in einem Sonnenurlaub, wie er am 11. April 1904 beschloffen ist, zu gewähren, wurde nach Berichterstattung durch Stadtr. Möner dem Magistrat zur Erwägung übergeben.

München. Lohnauszahlung an die städtischen Arbeiter. Hoffmann und Genossen stellen im Gemeindefollektum den Antrag, daß der Beschluß des Gemeindefollektums vom 11. Juli 1904 die Lohnauszahlung an die städtischen Arbeiter an den Sonnabenden sofort nach Arbeits-schluß, vermittels Benutzung sogenannter Lohnausgaben an bewerkstelligten, nimmere baldmöglichst zur Durchführung gelangen soll. In der Verhandlung wird darauf hingewiesen, daß die Lohnauszahlung der an den Sonnabendsarbeiten bei Großbetriebe beschäftigten Arbeiter derzeit nahezu zwei Stunden gedauert hat. Die auf ihren Arbeitsverdienst wartenden Leute müssen die Wartzeit trotz des Winters mangels anderer Gelegenheiten im Freien verbringen und nach Abschließung des Lohnes ein noch den weiten Weg zur Stadt zurücklegen. Ferner wurde beschlossen, aus Anlaß der nächsten Sitzung des Magistrats für die bereits bestehenden Lohnausgaben sechs im unvalde mangelnde Arbeiter und Magistrate 5000 Mark zu nutzen. Eine Sache, die jedenfalls auch ohne diesen besonderen Antrag hätte gemacht werden können.

Schöneberg Berlin. Wie notwendig die praktische Mitarbeit der Gemeindeglieder auf kommunalverwaltendem Gebiete ist, zeigte wieder ein Vorgang in einer der letzten Stadtverordnetenversammlungen.

Am Juli vorigen Jahres wandten sich die städtischen Arbeiter mit der Bitte an den Magistrat um Eröffnung eines Arbeiterauschusses. In ihrer Eingabe wiesen die städtischen Arbeiter auf die guten Erfahrungen hin, die andere Städte mit diesen Ausschüssen gemacht haben und plädierten ihren Wunsch dahin, daß dieser Ausschuss aus Vertretern handwerklicher Betriebe bestehen soll und alle in den Gewerkschaften bediensteten über 21 Jahre alten Männern beiderlei Geschlechts das Wahlrecht zum erlangen. Der Magistrat übernahm dieses Geschäft zur Begutachtung den in Petition kommenden Deputationen. Wie wir nun erfahren haben, ist in diesen Deputationen die Notwendigkeit des Arbeiterauschusses zum Teil gar nicht anerkannt worden oder es sind allerhand Bedingungen daran geknüpft. Jetzt, nach einem halben Jahre also, scheint man sich noch nicht über diese ganz selbstverständliche Forderung klar geworden zu sein. Das beweist, von wie großer Interesse für die Arbeiterkraft die Zusammenkunft der Deputationen ist. Um aber auf diese Frage einen größeren Einblick zu gewinnen, ist man geschickte kommunalpolitische Tätigkeiten erforderlich. Das sollten alle politischen Arbeiter bedenken.

Verbandsteil.

Geschäftsstelle des Vorstandes:

Berlin W. 30, Wintersfeldstr. 24.

Telephon: Amt IX, 6188.

Quittung der Hauptkasse.

Am Beiträgen für das IV. Quartal 1906 gingen im Januar 1906 ein: Bamberg 167,70 M. Bant 23,97 M. Barmen 160,50 M. Berlin 8271,30 M. Berlin (Revier-Jury) 1482,50 M. Bielefeld 146,80 M. Brandenburg 78,16 M. Bremen 790,14 M. Breslau 1243,97 M. Cassel 113,43 M. Chemnitz 223,70 M. Köln a. Rh. 326,27 M. Dresden, 2. Rate 1187,61 M. Düsseldorf 125,49 M. Göttingen 79,71 M. Göttingen 157,70 M. Frankfurt a. M. 532,16 M. Hamburg i. V. 163,20 M. Jülich 324,51 M. Oera 65,73 M. Gotha 10,70 M. Göttingen 61,33 M. Göttingen 77,17 M. Halle 131,90 M. Hamburg, 3. und 4. Rate 1900. M. Heilbronn 292,91 M. Hannover 184,73 M. Kiel 35,85 M. Königsberg i. Pr. 801. M. Leipzig 2. Rate 559,80 M. Ludwigshafen 158,54 M. Magdeburg 686,97 M. Mainz 612,20 M. Mannheim-Heidelberg 1613,14 M. München 791,98 M. Nürnberg 557,77 M. Osnabrück 9,17 M. Pforzheim 75,60 M. Reichenbach i. V. 36,15 M. Schweinfurt 61,77 M. Solingen 15,83 M. Stuttgart 591,65 M. Stuttgart i. G. 359,92 M. Stuttgart, 2. Rate 1286,97 M. Wiesbaden, 2. Rate 193,97 M. Worms 16,10 M. Würzburg 110,12 M. Zwickau 47,91 M.

Für das I. Quartal 1906: Würzburg, 1. Rate 32,96 M. Ferner gingen ein: An Zinsen 167,80 M. Abkommensgelder 83,09 M. Dresden ein Fortbuch 3 M. München desgl. 2,50 M. Gebührensberichte 0,70 M.

Von Einzelmitgliedern:

Nr. 30136	1. M.	Nr. 37682	2,70 M.	Nr. 46631	2,60 M.
33138	5. "	37687	1,95 "	46632	4,50 "
33158	11,20 "	37688	3,20 "	46603	1. "
33575	7,55 "	37694	2,85 "	49172	1. "
33608	5. "	38680	3. "	50124	4,20 "
33618	3,70 "	38691	6,40 "	50125	4,20 "
33625	5. "	38692	1,75 "	50126	3. "
33629	8,06 "	38695	2,50 "	50127	3. "
33670	4,10 "	38696	2,70 "	50128	3,40 "
33671	3,35 "	38671	3,70 "	50129	3,40 "
33682	2,20 "	42201	4. "	50430	4,20 "
33683	2,90 "	42208	3,60 "	50431	3,50 "
34070	1. "	42215	4. "	50432	3,25 "
36237	2,90 "	46603	3,40 "	50433	4,20 "
37591	3,10 "	46609	3. "	50434	4,20 "
37555	4,40 "	46611	3,70 "		
37661	4. "	46620	1,85 "	Summa	181,96 M.
37670	2,70 "	46623	1,85 "		

Für die freireisenden Gasarbeiter Pforzheim: Berlin (Zentralbüro) Zute 835 1,50 M. Leipzig Zute 506 1,60 M. 59,00 M. Bereits entrichtet 2570,56 M. Zusammen 2871,01 M. G. Schmann, Hauptkassierer.

Abrechnung über den Gasarbeiterfreik in Pforzheim.

Ertrag der Zammellisten unter den Kollegen	2571,01 M.
Erna Sammlung des Süddeutschen Sekretariats:	
a) unter den Kollegen	508,18 "
b) von anderen Gewerkschaften	12. "
Zurückgeführte Unterzahlung vom Metallarbeiter Verband	16. "
Zahlung der Hauptkasse	25,80 "
Summa	3133,17 M.

Beleg: 24. Sammlung des Verbandes der in Gemeinde und Stadtbezirken bediensteten Arbeiter und ihre Angehörigen G. Schmann, Hauptkassierer. Rechnung: g. Schmann, beide Berlin W. 30, Wintersfeldstr. 24. — Land. Fernamt: Süddeutscher und Zentralamt für Einzel- u. Co. Berlin SW. 69, Lindenstr. 69

Ausgabe:

Für Streifenunterstützung	3006,72 M.
" " " " " " " " " "	29,80 "
" " " " " " " " " "	151,68 "
" " " " " " " " " "	158,48 "
" " " " " " " " " "	23,20 "
" " " " " " " " " "	25,20 "
Summa	3616,08 M.

Berlin, den 2. Februar 1906.

G. Schmann, Hauptkassierer.

Revidiert und für richtig befunden

Die Revisoren:

Carl Schabel, Gustav Rehrwald, Richard Niebling.

Briefkasten.

Führer-Vorstand Berlin. „Erklärung“ kann erst in nächster Nummer gebracht werden, da auch von Seiten der Sektionsleitung in dieser selben Sache ein Eingekandt vorliegt. Das letztere aber ist um Heiberien zu vermeiden, zur Änderung zurückgegeben worden. Beide Erklärungen werden dann zusammen abgedruckt.

Kleiner Kollegen. Notizen über Feuerschutzfragen nächste Nummer. Ferner mußten zurückbleiben: Kölner Brief, Berichte aus Magdeburg, Berlin II, III, V, Warmen, Mohr, Stralburg u. a. m.

Anzeigen.

Totenliste des Verbandes.

Reinhold Eckardt, Chemnitz Wilhelm Koch, Magdeburg
 20. Januar 1906 im Alter von 43 Jahren.
 30. Januar 1906 im Alter von 48 Jahren.
 Ehre ihrem Andenken.

Achtung!

Achtung!

Mitgliedschaft Dresden.

Freitag, den 23. Februar 1906, im Kristallpalast, Schäferstr.

Cotillon

Tanz-Abend

Cotillon

mit humoristischen Vorträgen.

Einlaß 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende 3 Uhr.

Starten à 20 Pfg. für Mitglieder und deren Angehörige sind bei allen Bezirkskassieren und im Winkeln zu entnehmen.
 Um zahlreiche Beteiligung bitten
 Der Festausschuß.

Extra-Zustellung für die Pforzheimer Gasarbeiter durch das Süddeutsche Sekretariat.

Frankfurt a. M. Zute 1 500 M. 5 17,50 M. 6 1,60 M. 7 5,10 M. 8 1,15 M. 9 8,85 M. 10 1,20 M. 11 1,20 M. 12 7,10 M. 13 3. M. Außerdem auf eigene Zute gesammelt: 5,60 M. 2,50 M. 18,20 M. — Göttingen: Zute 11 8,50 M. — Heidelberg: Zute 15 5. — M. 16 15,80 M. 20,80 M. — Ludwigshafen: Zute 21 11. — M. 22 2,75 M. 13,75 M. — Mainz: Zute 23 6,00 M. 24 17,80 M. 24,40 M. — Mannheim: Zute 28 7,60 M. 29 2,90 M. 32 16,20 M. 26,70 M. — Witten: Zute 33 7,50 M. 34 20. — M. 27,50 M. — Witten: Zute 36 19,50 M. 37 19,70 M. 38 8,45 M. 39 10,60 M. 40 4,70 M. 42 9,95 M. — Stralburg i. G. Zute 46 6,20 M. 47 — 60 M. 86 2,35 M. 87 4,80 M. 88 4,68 M. 89 7,60 M. 26,23 M. — Wiesbaden: Zute 48 3,75 M. 49 — 50 M. 50 16,75 M. 51 6,65 M. 27,65 M. — Würzburg: Zute 52 11,15 M. 53 9,20 M. 23,35 M. — Stuttgart: Zute 54 3,50 M. 55 6,20 M. 58 — 59 M. 59 5,40 M. 60 7,55 M. 61 1,70 M. 62 — 70 M. 63 1,80 M. 65 2,30 M. 68 3,80 M. 69 4,10 M. 70 3,10 M. 72 1,90 M. 73 8,25 M. 74 6,60 M. 75 2,80 M. 76 1,90 M. 77 4,35 M. 78 — 85 M. 80 12. M. 85 — 70 M. 79 50 M. — Sonstige Beiträge: Zute Frankfurt a. M. 65,50 M. Zute Mannheim 20. M. Zute Karlsruhe 9. M. Zute Pforzheim 9. M. Zute Neuenburg (Mineralwasserfabrik) 7. M. Zute Zillertal Pforzheim 5. M. Gesamtsumme 520,18 M. G. Müller.